2017/26 dschungel

https://jungle.world/artikel/2017/26/auferstehung-aus-ruinen

Der unkritische Umgang mit der preußischen Geschichte

Auferstehung aus Ruinen

von **Jakob Hayner**

2017 jährt sich die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz der Alliierten zum 70. Mal. Doch die Zeichen für die historische Renaissance des Militärstaats mehren sich.

Jahrestage erfreuen sich, gerade im Feuilleton, großer Beliebtheit. Weil sie allen Beteiligten, von den sogenannten Machern bis zu den sogenannten Lesern, viel Mühe ersparen, lässt man in der Regel kaum eine solche Gelegenheit aus, und sei der Anlass noch so unbedeutend. Ein Jahrestag jedoch, der für die europäische Geschichte von Bedeutung ist, verstrich dieses Jahr ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit: der 70. Jahrestag der Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 der Alliierten.

Der Aufstieg des brandenburgischen Kurfürstentums und Herzogtums über das Königreich Preußen bis zum Kaiserreich und zur Weltmacht mit kolonialem Anspruch unter den Hohenzollern hatte die Gestalt Europas vom 17. Jahrhundert bis 1947 maßgeblich geprägt – und keineswegs nur im Guten. Eine Konsequenz daraus war die Auflösung Preußens nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges. Für die europäische Nachkriegsordnung war die déprussification, wie es die Franzosen nannten, ein unverzichtbarer Bestandteil.

> Die preußischen Tugenden sind nichts anderes als eine Reformulierung protestantischer Moral. Dass im Zentrum der deutschen Aufklärung eher Pflicht als Glück steht, bedingt den Umschlag von Emanzipation in Regression, der in der deutschen Geschichte des öfteren zu beobachten war.

Schaut man sich nun aber in Berlin um, muss man feststellen, dass das Preußische sich im Grunde prächtiger Lebendigkeit erfreut. Allein eine Fahrt mit der U-Bahn führt zu zahlreichen Orten und Persönlichkeiten der preußischen Geschichte, die in großen Teilen Militärgeschichte ist: vom Hohenzollernplatz über Gneisenau- und Yorckstraße bis zum Fehrbelliner Platz. Nach 1990 nahm das eher zu, als dass es weniger wurde. Aus der Clara-Zetkin-Straße wurde die Dorotheenstraße, aus dem Marx-Engels-Platz der Schlossplatz. Als es zur Wendezeit Bestrebungen gab, den Rosa-Luxemburg-Platze in Bülow-Platz rückzubenennen, nannte sich die dort ansässige Volksbühne »Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz«. Der neue Intendant Chris Dercon hat diesen Zusatz wieder aus dem Namen getilgt. Auch die Modewelt hat das Preußentum wiederentdeckt. So gibt es inzwischen eine Schwester der Marke Liebeskind, die

sich »Fritzi aus Preußen« nennt.

Die architektonische Entwicklung des Berliner Zentrums hat auch ihre Besonderheiten. Das Projekt der »Neuen Mitte« ist die Rekonstruktion des preußischen Stadtbildes: Blockrand, 22 Meter Traufhöhe, Lochfenster, Natursteinfassade. Fensterbänder und ähnliche Auswüchse des Modernismus sind unerwünscht. Mit dem Wiederaufbau von Garnisonkirche und Schloss in Potsdam und dem Stadtschloss in Berlin bekommt der Preußenhistorismus seinen baulichen Ausdruck. Beim Berliner Stadtschloss wird zurzeit gestritten, ob die Kuppel wieder ein Kreuz bekommen soll. Das wäre eine religiöse Vereindeutigung, wenden Kritiker ein. In einer Stellungnahme der Kuratoren des im Schloss untergebrachten Humboldt-Forums heißt es lapidar: »Das Kreuz muss wie die preußischen Adler an den Fassaden betrachtet werden, die keinen militärischen Bezug mehr bieten. Das sind Aspekte einer historischen Rekonstruktion, die somit ihrer Funktion enthoben sind.« Dies wiederum sind so die Eigenheiten der akademischen Zeichenlehre: Offenbar hat der Wiederaufbau eines preußischen Stadtschlosses keinerlei weitere Bedeutung und mit Preußen rein gar nichts zu tun.

Im Jahr 2002, als der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses vom Bundestag befürwortet wurde, schlug Brandenburgs Sozialminister Alwin Ziel (SPD) vor, Berlin und Brandenburg zu einem Bundewsland namens Preußen zu fusionieren. Daraufhin veröffentlichte die *FAZ* unter dem Titel »Wollen wir unser Preußen wiederhaben?«Antworten verschiedener »Preußenhemmer«. Wenig überraschend befand Prinz Ferfried von Hohenzollern aus der schwäbischen Linie, dass dies ein »fabelhafter Vorschlag!« sei. Das Adelsgeschlecht fühlt sich an seiner alten Wirkungsstätte wieder wohl. Prinz Georg Friedrich von Preußen, seit 1994 Oberhaupt der Hohenzollern und Major der Reserve der 10. Panzerdivision der Bundeswehr, verlegte die Generalverwaltung der Familie vom westelbischen Bremen wieder nach Berlin und Potsdam und hat gemeinsam mit Prinzessin Sophie von Preußen, vormals von Isenburg, inzwischen drei weitere Prinzen und eine Prinzessin gezeugt; für den Fortbestand der Linie ist gesorgt. Auch er konstatiert ein gegenwärtig gesteigertes Interesse an Preußen, inzwischen betreibt man mit Preussen.de auch eine eigene Internetseite.

Im vergangenen Jahr kämpften die Hohenzollern um Entschädigungszahlungen für die Enteignung durch die Rote Armee; allein in Brandenburg meldeten die Hohenzollern 1991 Anspruch auf 64 Immobilien, vor allem Schlösser, an. Entschädigungen kann man aber nur geltend machen, wenn man dem Aufstieg des Nationalsozialismus keinen »erheblichen Vorschub« geleistet hat. Nun empfing aber Wilhelm Prinz von Preußen ab 1926 die Führung der NSDAP und publizierte 1932 einen Wahlaufruf für Hitler. Für ein Gutachten beauftragten die Hohenzollern den Historiker Christopher Clark. Clark hatte mit seinem Buch »Die Schlafwandler« zum Ersten Weltkrieg Aufmerksamkeit erregt, weil er darin die These Fritz Fischers (»Griff nach der Weltmacht«), wonach die Deutschen den Ersten Weltkrieg verschuldet haben, für erledigt erklärte. Clark veröffentlichte auch eine knapp 800-seitige Studie zu Preußen, die in ihrer Bewertung weit weniger kritisch ausfällt als beispielsweise Ingrid Mittenzweis populäre Studie zu Friedrich II. von 1979/1980. Clarks Gutachten zur Unterstützung der Nazis durch die Hohenzollern fiel entlastend aus. Die Entschädigung in Millionenhöhe gab es trotzdem nicht; weitere hinzugezogene Historiker widersprachen der Sicht von Clark.

Wenn man über die Frage nachdenkt, was preußisch ist, kann man die Verbindung zum Protestantismus nicht übersehen. Überhaupt ist die politische Geschichte der deutschen Aufklärung von dieser Verbindung geprägt – von Luther über Friedrich II. bis Bismarck. Schon

Luther konnte sich Fortschritt nicht als Revolution des Dritten Standes, sondern nur als Bündnis der ersten beiden Stände gegen den dritten vorstellen; so verhielt er sich im Bauernkrieg und gegen Thomas Müntzer. Staats- und Obrigkeitstreue sind dem Protestantismus inhärent, dementsprechend geriert er sich als Staatskirche. Auch die sogenannten preußischen Tugenden sind nichts anderes als eine Reformulierung protestantischer Moral. Dass im Zentrum der deutschen Aufklärung eher Pflicht als Glück steht, bedingt den Umschlag von Emanzipation in Regression, der in der deutschen Geschichte des Öfteren zu beobachten war. Und während der alten Bundesrepublik von Adenauer bis Kohl immer etwas aus dem Rheinland kommend Katholisches – und Anti-Preußisches – anhaftete, ist nun der Protestantismus wieder im Zentrum der Macht: Merkel, Schäuble, de Maizière, Steinmeier und von der Leyen sind eher mehr als minder engagierte Lutheraner, die auch Funktionen in der Evangelischen Kirche wahrnehmen. Das Deutsche Historische Museum huldigte vor vier Jahren mit einer Ausstellung dem evangelischen Pfarrhaus als einer einzigen Fortschrittsgeschichte, die bei Luther begann und den damals höchsten Repräsentanten des deutschen Staates, Merkel und Gauck, endete.

Deutschland gebärdet sich auch außenpolitisch in bester preußischer Tradition als mächtiger Staat in Mittellage, geopolitisch zwischen dem Westen und Russland. Dementsprechend entwickelt sich das politische Selbstverständnis. Forderte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Verwendung des Begriffs der Mittelmacht 2005 noch ein, sieht der derzeitige neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Deutschland auf dem Wege von der Mittel- zur Großmacht, wie er in seinen Reden und Schriften der vergangenen Jahre dargelegt hat. Und wenn inzwischen die Bundeswehr eine Mission im Baltikum hat – die Nato-Battlegroup Lithuania unter deutscher Führung –, weiß man sich im Grunde auf altem preußischem Gebiet. Was nach dem Zweiten Weltkrieg für den Garanten einer friedlichen Staatenordnung gehalten wurde, ist kaum mehr zu sehen. Statt *déprussification* könnte man gegenwärtig wohl eher von einer Reprussifizierung sprechen. Das betrifft sowohl eine politisch-ideologische Konstellation als auch das Selbstverständnis des herrschenden Personals.

Vielleicht hilft es, an die Gründe für die Auflösung Preußens vor 70 Jahren, in den Worten des britischen Vertreters im Alliierten Kontrollrat, zu erinnern: »Ich muss nicht eigens betonen, dass Preußen in den letzten zweihundert Jahren eine Bedrohung für die Sicherheit Europas dargestellt hat. Der Fortbestand des preußischen Staates, und sei es nur in der Gestalt seines Namens, könnte später zum Ausgangspunkt revanchistischer Bestrebungen des deutschen Volkes werden, würde militaristischen Ambitionen in Deutschland Vorschub leisten und den Wiederaufstieg eines autoritär geprägten, zentralistischen Deutschlands begünstigen. Das muss im Interesse aller unbedingt verhindert werden.«

Das Pathos mag etwas unzeitgemäß wirken, man sollte doch aber nicht vergessen, was einst aus guten Gründen geschah. Das Bewusstsein vom Verhängnis der Geschichte könnte einen Ausweg weisen.

© Jungle World Verlags GmbH